

ALEXANDER FILIPOVIĆ / AXEL BERND KUNZE

»Wissengesellschaft. Herausforderungen für die Christliche Sozialethik«

BERICHT ZUM ZWÖLFTEN FORUM SOZIALETHIK
(02.–04. 09. 2002 IN DER KOMMENDE, DORTMUND)

»Die Wissensgesellschaft kommt«, prophezeit die Anzeige eines Technologiekonzerns. Und die steigenden Studentenzahlen zeigen für *Dagmar Schipanski*, damalige Präsidentin der Kultusministerkonferenz, »dass Deutschland auf dem Weg in die Wissensgesellschaft ist«. Der Begriff »Wissengesellschaft« hat Konjunktur. Die Informationstechnologien haben die Diskussion um die Wissensgesellschaft verstärkt, sogar von *dem* gesellschaftlichen Leitbild für das 21. Jahrhundert ist die Rede. Unumstritten ist das Konzept keineswegs. Die Meinungen über Chancen und Risiken der Transformation spätmoderner Gesellschaften in Wissensgesellschaften gehen weit auseinander. Liberale Positionen hoffen auf effektivere politische Partizipation und mehr gesellschaftliche Transparenz. Die Wissensgesellschaft wird zur Vision einer enthierarchisierten Gesellschaft, welche die Verwerfungen des Industriezeitalters hinter sich gelassen hat. Auf der anderen Seite wird vor der neuen Zerbrechlichkeit wissensorientierter Gesellschaften, neuen sozialen Polarisierungen und Verteilungskonflikten gewarnt. Dem Einzelnen werden erweiterte Kompetenzen abverlangt, z. B. die Fähigkeit zur Risikobewältigung.

In der Sozialethik ist diese Diskussion bisher wenig rezipiert worden. Dies war Anliegen des 12. *Forums Sozialethik*. Der erste von vier Teilen verband die Einführung in die Thematik mit einer Selbstreflexion des Faches Christliche Sozialethik. In Teil II folgten gesellschaftsanalytische Beiträge zum Tagungsthema, den dritten Block bildeten Beiträge zu wirtschaftsethischen Fragen. Im letzten Abschnitt wurden Handlungsoptionen aufgezeigt. Alle Referenten und die Referentin kamen aus dem universitären Umfeld der Sozialethik.

TEIL I: EINFÜHRUNG/SELBSTREFLEXION

In seinem Einleitungsreferat zeigte *Axel Bernd Kunze (Bamberg)* anhand einzelner Beispiele, wie in der gesellschaftlichen Debatte versucht wird, mit dem Begriff Wissensgesellschaft Politik zu machen. Ein Überblick über Veröffentlichungen von Parteien, Verbänden und Kirchen ergab drei Schwerpunkte der Verwendung. Der Terminus wird vor allem gebraucht im Kontext a) der neuen Informationstechnologien, b) der Veränderungen der Arbeitswelt und c) der Bildungsdebatte, dort besonders hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Diese Einleitung diente *Matthias Sellmann (Hamm)* als Basis für eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Debatte über Wissensgesellschaft. Er griff dabei vor allem auf den Soziologen *Helmut Willeke* zurück und lieferte eine Analyse der zentralen Provokationen, die von einer so rekonstruierten »Wissengesellschaft« an die Sozialethik gehen. Die Sozialethik müsse eine Antwort auf die gegenwärtige Krise des Vernunft- und Subjektdenkens finden und sich von ihrer argumentativen Fokussierung auf Personen, Überzeugungen und Handlungen trennen. Stattdessen solle die Sozialethik organisatorische Kompetenz entwickeln und ihre Visionen vom rechten und guten Leben als systemübergreifende Heuristik zur Sprache bringen.

Vor dem Hintergrund, dass Christliche Sozialethik sich selbst in der Wissensgesellschaft bewegt, erläuterte *Christof Arm (Scharans/Schweiz)* erste Erträge eines Forschungsprojektes zum Ethiktransfer als Spezialfall von Wissenstransfer. Besonderes Gewicht legte er auf

die Bedeutung der Reflexion des Ethiktransfers für die Ethik selbst. Er stellte zur Diskussion, ob eine Theoriebildung im Feld des Ethiktransfers nicht nur relevant sein könnte für eine Verbesserung ihrer Wirksamkeit, sondern auch als wesentlicher Beitrag zur Fundamentelethik zu verstehen sei.

TEIL II: GESELLSCHAFTSANALYSE

Soziales Vertrauen wird in einer komplexer werdenden Gesellschaft immer wichtiger, erklärte *Alexander Filipović (Bamberg)* in seinem systemtheoretisch inspirierten Beitrag. Soziales Vertrauen – von ihm als temporale Projektion (= Erwartung) umschrieben – bezeichnete er als angemessene Antwort auf die ›zerbrechliche‹ Gestalt der Wissensgesellschaft, da es Komplexität wirksam reduziere, indem es – obwohl normativ wirksam – schneller korrigierbar sei als andere Formen sozialer Normierung. Bedingungen einer neuen Vertrautheit als Kriterium und Basis sozialer Vertrauensprozesse zu problematisieren, ist deshalb für Filipović eine Aufgabe, der sich die Sozialethik verstärkt zuwenden sollte.

Anhand von *Manuel Castells* Werk ›The Information Age‹ setzte sich *Michael Hainz (München)* mit der Funktionslogik dezentraler sozialer Netzwerke auseinander. Diese kompensierten ihre Organisationsschwäche durch Informationstechnik; Zeit und Raum würden neu definiert. Die Transformationsprozesse stellen die bisherigen Kulturinhalte und auch die Geltung der Sozialethik in Frage, warnte der Referent und rief dazu auf, sich dem produktiven Umgang mit Netzwerken zu stellen. Da diese von außen nur schwer zu beeinflussen sind, sei eine entsprechende Strategiedebatte unerlässlich.

TEIL III: FOKUS WIRTSCHAFT

Richard Wagners (Passau) Einstieg in den ökonomischen Kontext der Wissensgesellschaft problematisierte die Genese speziell des wirtschaftlichen Wissens. Er untersuchte anhand von Fallbeispielen die Zusammenhänge von Verhalten und ökonomischem Wissen. Ein Beispiel war die Argumentation um den Donauausbau, bei der sich ökonomische und ethische Argumente verschränken. Wagner zeigte die Gefahr auf, dass aus ökonomischem Interesse ethische Argumente manipuliert werden können.

Die Plausibilitäten der Diskurse über die Wissensgesellschaft und die ›New Economy‹ überprüfte *Axel Bohmeyer (Frankfurt a. M.)*. Er thematisierte anhand der Schlagwörter der einschlägigen Diskurse die Überschneidungen beider Debatten und filterte – über eine deskriptive Analyse hinausgehend – die dabei ethisch relevanten Aspekte heraus. Sein Fazit: Desintegrative Tendenzen sind unverkennbar. Bohmeyer vertrat die These, dass das oft verwendete Leitbild des ›Arbeitskraftunternehmers‹ Machtstrukturen in einer angeblich enthierarchisierten Gesellschaft nur verschleiert.

Der wissenschaftlich bedingte Strukturwandel der Erwerbsarbeit wurde von *Sonja Sailer-Pfister (Bamberg)* als Herausforderung für die Sozialethik begriffen. Sie reflektierte kritisch die Veränderungen der Arbeitswelt, beispielsweise die zunehmende Bedeutung wissens- und kommunikationsintensiver Dienstleistungen. Die Referentin machte in ihren Ausführungen drei Leitkriterien stark: Solidarität, (Beteiligungs- und Geschlechter-)Gerechtigkeit sowie die klare ›Option für die Armen der Wissensgesellschaft‹, also diejenigen, die durch die derzeit ablaufenden Transformationsprozesse benachteiligt oder gar ausgeschlossen werden.

TEIL IV: HANDLUNGSOPTIONEN

Johannes Frühbauer (Augsburg) skizzierte Grundlinien einer Internetethik. Sowohl mangelnde Zugangsgerechtigkeit bei den neuen Medien als auch fehlende Chancengerechtigkeit

keit bei der Befähigung zum Umgang mit ihnen könne zum sozialetischen Problem werden (Digital Divide). Noch unklar ist, ob Information ein öffentliches Gut sei und ob damit auch von einem Grundrecht auf Information gesprochen werden müsse. Die Antwort nehme eine wichtige Weichenstellung für später notwendige Güterabwägungen vor, wie Frühbauer verdeutlichte. Die angeregte Diskussion zeigte, dass viele soziale, politische, ökologische und interkulturelle Auswirkungen der neuen Informationstechnologien erst schwer abschätzbar sind. Der Forschungsbedarf ist weiterhin groß.

Zwei Praxisgespräche sollten den Austausch zwischen Forschung und beruflicher Praxis verstärken. Sie boten Gelegenheit zur Diskussion, wie Kirche und Politik beanspruchen, die Wissensgesellschaft zu gestalten. Eingeladen waren *Lukas Rölli (Bonn)*, Geschäftsführer des Forums Hochschule und Kirche e. V., und *Ulla Burchardt, MdB (Dortmund/Berlin)*, stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Das kirchlich-theologische Engagement in der Bildungspolitik ist nach Röllis Ansicht angesichts der Wissensgesellschaft zu gering. Drei Themen sollten sozialetisch stark gemacht werden: Beteiligungsgerechtigkeit, Orientierungswissen und lebenslanges Lernen. Anthropologisch begründet, regte Rölli an, das Nachhaltigkeitsprinzip auf die Bildungsethik zu übertragen. Burchardt betonte die umwelt-, familien- und entwicklungspolitischen Aspekte des Themas und sprach sich für eine deutliche Arbeitsteilung zwischen Politik und Religion aus: Das Parlament sei nicht für ›Wahrheit‹ zuständig, müsse aber dafür offen bleiben, normative Orientierungen zu kommunizieren. Aufgabe der Politik sei es, Entscheidungen zu treffen und zu legitimieren. Von der Wissenschaft wünschte sich die Politikerin mehr Engagement in der Politikberatung und schloss ausdrücklich die Geisteswissenschaften mit ein. Ihr Traum sei ein ›Zukunftsausschuss‹ im Bundestag, in dem langfristige Technikfolgen intensiver als heute diskutiert werden könnten.

Die Beiträge sollen Mitte 2003 veröffentlicht werden.¹ Das Forum hat gezeigt, dass eine christliche Sozialethik von der kritischen Prüfung der Wissensgesellschaftskonzepte nur profitieren kann und dass sich ihr dabei nicht zuletzt Erkenntnisse darüber eröffnen, wie *das Wissen der christlichen Sozialethik selbst* in einer Wissensgesellschaft behandelt wird und wirksam werden kann. In kreativer Werkstattatmosphäre wurden sowohl die ethischen Herausforderungen des Diskurses als auch Forschungsansätze und praktische Handlungsoptionen aufgezeigt. Diese gilt es weiter in christlich-sozialetisches Forschen einzubeziehen.

¹ Vgl. *Alexander Filipović/Axel Bernd Kunze (Hrsg.)*, Wissensgesellschaft. Herausforderungen für die Christliche Sozialethik, Münster 2003 (i. E.). Aktuelle Informationen, auch zum nächsten Forum Sozialethik: <http://www.uni-bamberg.de/ktheo/csl/forum/forum.htm>.